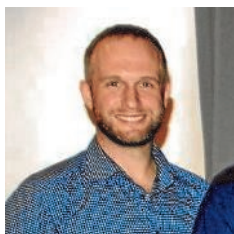


Ökumenisches Seminar 2018 „Wie könnte unsere Zukunft aussehen?“

Diese Frage traf den Nerv der Zeit. Zukunftsängste kennzeichnen weite Teile der Bevölkerung. Das macht es Populisten leicht, diese Ängste zu schüren und darauf mit vereinfachten Parolen und Ächtung von Minderheiten zu reagieren. In den drei Vortragsabenden gingen die Referenten möglichen Ursachen dieser Entwicklung nach und versuchten Lösungsansätze aus christlicher Sicht aufzuzeigen.



Am ersten Abend in St. Korbinian fragte Benedikt Löw, Referent für Theologie und Ethik beim Münchner Bildungswerk:

Liegt unsere Zukunft im zunehmenden Nationalismus? Bei seinem Versuch einer christlichen Standortbestimmung bezog Löw die Zuhörer mit ein, etwa bei der Definition und Abgrenzung von Nationalismus und Patriotismus. „Nationalismus überhöht das eigene Volk und grenzt Minderheiten aus, während Patriotismus Vaterlandsliebe ist, ohne andere Menschen und Kulturen herabzuwürdigen“. Im Zuge der Überlegungen, wie populistischen Entwicklungen begegnet werden kann, griff er Thesen aus der Enzyklika „Pacem in Terris“ (1963) von Johannes Paul XXIII auf, in der es z.B. um die Würde jedes Einzelnen geht, um das Recht auf Migration, um den Schutz von Minderheiten, aber auch um die Pflicht der Minderheiten zur Integration. Ergänzend verdeutlichtete

Löw durch biblische „Schlaglichter“, wie Jesus Fremden begegnete – nämlich auf Augenhöhe. Schließlich zeigte er auf, dass das im Programm der neuen Rechten vorherrschende Menschenbild, etwa in der Begrenzung der Freiheit zur Religionsausübung oder in der Propagierung einer ethnologischen Bevölkerungspolitik bei einer Abwertung von Ausländern, klar im Gegensatz zu christlichen Überzeugungen und zur katholischen Soziallehre steht.

Der Referent des zweiten Abends im Genezarethhaus, Dr. Jochen Ostheimer, Sozialethiker an der kath. theol. Fakultät der LMU,



hatte die Frage „Liegt unsere Zukunft in zunehmender Armut in der Südhälfte unserer Erde – aber auch in Europa?“ zugespielt auf den Slogan „Globale Armut für alle?“ An den Anfang stellte er ein Brecht-Zitat: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“. Zwar hat im Zuge der Globalisierung die Armut in der Welt tendenziell abgenommen, doch wenige sind sehr reich, während große Teile der Menschheit kaum das Nötigste haben. Ausgehend von ökonomischen Theorien und am Beispiel Europas zeigte er, dass eine Entwicklung zu Wohlstand Zeit und günstige Rahmenbedingungen brauche. Wo diese fehlen, ist ein bleibender Wirtschaftsaufschwung erschwert. Das erweist sich an Afrika, das eigentlich große Standortvorteile hat, wie Rohstoffe und

Land. Dieser relative Reichtum kommt aber nur wenigen zugute. Ein „Fluch der Rohstoffe“ ist, dass es bei ihrer Gewinnung zu großen Umweltschäden kommt; zudem liegt die Wertschöpfung zumeist in der Verarbeitung, von der, ebenso wie bei der Bewirtschaftung des Landes, vor allem global operierende Unternehmen profitieren und nicht die örtliche Bevölkerung. In Teilen Afrikas sind die mangelnde Teilhabe am Wohlstand, wachsende Bevölkerungszahlen, mit denen der Ausbau der Infrastruktur nicht Schritt halten konnte, und instabile politische Verhältnisse Gründe für Unzufriedenheit, Radikalisierung und Kriminalität. Als Folge steigt der Migrationsdruck.

Nach eher düsteren Prognosen, welche Auswirkungen ein „Weiter so“ für uns alle haben würde, stellte Ostheimer als möglichen Weg aus dieser Situation die Agenda 2030 „Ziele einer nachhaltigen Entwicklung“ der UN vor. Soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele sollen gleichermaßen berücksichtigt werden. Um Fehlentwicklungen zu korrigieren, muss Verantwortung übernommen werden. Das gilt für die Einzelnen, aber auch für Staat und Unternehmen. Der oft beschworene Konsens allein hat aber nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten. Ein staatliches Regelwerk muss Unternehmen in die Pflicht nehmen, ökologisch vertretbar zu handeln.

In St. Ulrich referierte am dritten Abend Prof. Reiner Anselm von der ev. theol. Fakultät der LMU aus der Veröffentlichung der Evangelischen Kirche Deutschland „Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinan-

dersetzung“. Mit dieser Schrift reagiert die EKD auf die aktuellen Herausforderungen der Demokratie durch populistische Bewegungen. In zehn „Impulsen“ ist sie ein Bekenntnis zur Demokratie als Lebensform der Vielfalt. War in einer früheren Schrift (1985) noch der Konsens als wesentlich für die Demokratie angesehen worden, wird dies jetzt kritisch gesehen. Eine Ursache für das Erstarken rechter Parteien sei nämlich die Bewegung der „Volksparteien“ zur Mitte, zum Konsens hin, so dass sie immer weniger unterscheidbar seien. Das werde der Unterschiedlichkeit und Meinungsvielfalt der Menschen in unserer heutigen offenen Gesellschaft nicht gerecht. So brauche es eine Neubewertung des Konflikts als Normalfall in der politischen Auseinandersetzung. Demokratische Streitkultur folge einem anspruchsvollen Leitbild: Aus einem Streit unterschiedlicher Überzeugungen heraus können politische Entscheidungen gefällt werden, die schließlich für alle tragbar seien. Ziel des Prozesses sei nicht der Konsens sondern der Kompromiss. Wichtig dabei ist, dass man Dinge nicht vorschnell als nicht verhandelbar ansieht.

Allerdings gibt es eine eindeutige Grenze: Gewalt und Rassismus haben keinen Platz in der Diskussion.

*Für den Ökumenischen Kreis
Unterschleißheim
Dr. Edward Bednarek,
Christina Halisch, Sprecherin des
ÖKU*

